



# MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

2/2010

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

**A**m 1. Januar beging das Hartz-IV-Gesetz seinen 5. Geburtstag. Für die Betroffenen heißt das, fünf Jahre Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Unter Mitwirkung von SPD, Grüne, CDU und FDP wurde das Hartz-IV-Gesetz im Sommer 2004 im Bundesrat verabschiedet. So konnte dieses Gesetz der damaligen rot-grünen Koalition mit freundlicher Unterstützung von Union und FDP am 1. Januar 2005 in Kraft treten. Die Versprechen von mehr Beschäftigung haben sich nicht erfüllt.

Ziel des Hartz-IV-Gesetzes war es, den Menschen einen besseren Zugang zu Beschäftigungen zu ermöglichen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Das Gesetz steht heute nicht für nachhaltige Beschäftigungspolitik, sondern vielmehr für eine breite gesellschaftliche Verarmung. Dieses Gesetz hat lediglich die Struktur der Beschäftigungsverhältnisse verändert. Statt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sind die Löhne gesunken. Tariflöhne wurden von 1-Euro- bzw. Mini-Jobs, Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnisse mit Niedriglohn abgelöst. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich aber nicht verändert. Sie ist noch genauso hoch wie vor fünf Jahren.

Mit der Zusammenführung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II hat die damalige rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Zumutbarkeitsregelungen für Langzeitarbeitslose drastisch verschärft. Die Folge war und ist, dass das Armutsrisiko auch für die Menschen gestiegen ist, die unter Hartz IV wieder Arbeit gefunden haben. Durch die bestehenden Zumutbarkeitsregelungen und die grundrechtswidrigen Sanktionen wird auf die Leistungsbezieher, aber auch auf die Erwerbstätigen ein großer Druck erzeugt, jede noch so schlechte Arbeitsstelle anzunehmen bzw. zu behalten. Die Bereitschaft, auch schlechte Jobs anzunehmen, ist dramatisch gestiegen. Mit Hartz IV wird nicht die Arbeitslosigkeit, sondern werden die Arbeitslosen bekämpft.

Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz.

## 5 Jahre Hartz IV

Nach der Auswertung aus dem Jahr 2007 liegt das Leistungsniveau weit unterhalb der Armutsgrenze. Die Regelleistungen stehen gegenwärtig auf dem Prüfstand beim Bundesverfassungsgericht (MB berichtete).

Grundrechtswidrig werden Sozialleistungen bei geringem Fehlverhalten gekürzt bzw. gänzlich versagt. Der größte Teil der 2008 ausgesprochenen Sanktionen mussten nach Widersprüchen und Klagen teilweise oder vollständig zurückgenommen werden. Durch die Sanktionen und die Konstruktionen von Bedarfsgemeinschaften wird eine sozialrechtliche Familienhaftung erzeugt. Junge Menschen unter 25 Jahren wird der Auszug aus dem Elternhaus unter Androhung von Leistungsentzug verwehrt. Erstmalige Leistungsbezieher werden durch perspektivlose Sofortangebote aus dem Leistungsbezug gedrängt.

Leistungsbezieher werden entrechtet und sind in den überlasteten Ämtern vielfältigen Demütigungen und Schikanen ausgesetzt. Sozialdetektive schnüffeln in der Privatsphäre der Betroffenen. Und vor allem Missbrauchsunterstellungen werden per Gesetz gepflegt. Die verwaltungsmäßige Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende ist misslungen. Dies ist bereits vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft worden. Der daraus entstandene Streit über die organisatorische und finanzielle Zuständigkeit wird auf dem Rücken der Leistungsbezieher und der Beschäftigten der Ämter ausgegossen.

Hartz IV hat zu einer radikalen Verschlechterung der sozialen und grundrechtlichen Situation in Deutschland geführt. Ein Kennzeichen dafür ist, dass die von Armut und Ausgrenzung Betroffenen von einer großen Anzahl von Menschen als »unnützlich« bezeichnet werden. Einen großen Beitrag für diesen Zustand leisten die Medien, die den

Hartz-IV-Empfänger oft als arbeitsfaul, der für seine Situation selbst schuld ist, hinstellen.

Nach 5 Jahren gesetzlich verordneter Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung von Arbeitslosen ist es an der Zeit umzudenken. Die gesellschaftliche Spaltung darf nicht weiter voranschreiten. Hartz IV ist und bleibt eine Armut- und Niedriglohnmaschine. Aus diesem Grund gilt:

### Hartz IV muss weg!

Dafür sollte eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung geschaffen werden. Die Freibeträge für Ersparnisse zur Alterssicherung müssen angehoben werden. Die Anrechnung der Partnereinkommen muss abgeschafft werden. Statt 1-Euro-Jobs müssen zusätzliche tariflich bezahlte und unbefristete Arbeitsplätze geschaffen werden. Es muss eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit stattfinden. Durch generelle Arbeitszeitverkürzung und den Abbau der überhandnehmenden Überstunden können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es muss ein flächendeckender Mindestlohn von 10 Euro eingeführt werden.

Als Sofortmaßnahme sollte der Regelsatz des Arbeitslosengeld II auf 435 Euro angehoben werden. Für die Kinder brauchen wir eine individuelle Kindergrundsicherung. Das Kindergeld darf nicht als Einkommen angerechnet werden, damit es den Kindern zugute kommt. **Uwe Neuer**  
AG Soziales

Quellen: Erklärung Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende und Website [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

### Spruch des Monats

»Schade, dass es der schweigenden Mehrheit die Sprache verschlägt.«

Klaus Klages

## Schorschels Stadtgeflüster

»Ich rutschte in Forst so vor mich hin,  
den Räumdienst zu suchen, das war mein Sinn.  
Am Wegrand sah ich den Schneepflug steh'n,  
die gelbe Rundumleuchte strahlte wunderschön.  
Ich wollte ihn starten, da schrie man mich an,  
der Pflug hätte seine Arbeit getan!  
Geräumt wurden Straßen, owei, das tut weh,  
die meisten davon nämlich ohne Schnee.  
Und dort wo der Schnee liegt, da will man nicht ran,  
das liegt, so heißt es, am Tourenplan!«

*Ich weiß und damit Hallöchen liebe MB-Lesergemeinde  
und auch liebe Winterdienstverantwortliche,*

*dass man vom Wetter völlig überrascht wurde, wer rechnet auch  
im Januar mit Schnee und Frost! Natürlich, man kann nicht immer  
alles richtig machen, aber bitte hört endlich auf, wie seit  
44 Jahren jährlich im November in der Zeitung damit zu protzen  
und zu prahlen, dass ihr auf den Winter vorbereitet wäret. Das  
würde schon helfen!*

*Helfen würde auch mehr Ehrlichkeit bei der Darstellung unse-  
rer jüngsten Vergangenheit. Nicht jeder der einmal Äpfel geklaut  
hat, ist ein Krimineller, und nicht jeder, der zu feige dazu war, ist  
ein Held. Auch falsches Handeln ist nun mal passiert, man soll-  
te aber wenigstens ehrlich dazu stehen.*

*Euer Schorschel*

## Es ist noch nicht alles gesagt! – Auch wir haben eine Meinung!



In der Diskussion um die bekannt gewordenen Kontakte zum MfS von Diethelm Pagel hat der Kreisvorstand dem Vorsitzenden Diethelm Pagel das Vertrauen ausgesprochen.

Und was meint die Basis dazu? Ist denn wirklich schon alles gesagt?

Unser Parteibeschluss zur Auseinandersetzung mit dem Ministerium für Staatssicherheit vom Juni 1993 beinhaltet Grundsätze zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der LINKEN mit der Problematik »Staatssicherheit«.

Eine differenzierte Bewertung und keine Pauschalverurteilungen sind Maßstab im Umgang mit diesem Thema. Jeder kann den Inhalt des Beschlusses auf der Internetseite unserer Partei nachlesen. Die allgemeine Pflicht zur Offenlegung einer früheren Zusammenarbeit mit dem MfS besteht für Genossinnen und Genossen, die für eine Wahlfunktion, egal auf welcher politischen Ebene, öffentlich kandidieren. So und nicht anders ist die Beschlusslage. Viele Mitglieder und Sympathisanten haben aber das Thema einfach satt, andere wiederum drängen auf intensive Auseinandersetzung.

Auch 20 Jahre nach der Wende müssen wir feststellen, dass dieses Thema immer noch schmerzhaft ist, weil es einerseits für politische Machtspiele missbraucht und für regelrechte Schmutzkampagnen eingesetzt und benutzt wird, auf der anderen Seite aber auch Lebensläufe nicht weniger Personen berührt werden, sodass ein offenes und ehrliches Wort schwerfällt und Verdrängung und Vergessen sich in den Vordergrund stellen.

Liegt es daran, dass wir nicht in der Lage sind, eine Gesprächsatmosphäre zu schaffen, die es jedem Mitglied problemlos ermöglicht, seine Meinung frei zu äußern, ohne dass ihm Denunziation vorgeworfen wird.

Auch in unserem Ortsverband können nicht alle Mitglieder und Sympathisanten die Entscheidung des Kreisvorstandes nachvollziehen. Die Partei hat unserer

Meinung an Glaubwürdigkeit verloren und beträchtlichen Schaden genommen. Darüber müssen wir reden!

Wir wollen eine Diskussion, die frei ist von Anschuldigungen und die hilft, Sachverhalte aufzuklären und Handlungs- und Verhaltensweisen differenziert zu bewerten.

Gerade unsere jüngeren Mitglieder und Sympathisanten brauchen und wollen diese Diskussion. Sie ist und bleibt unerlässlich. Der Ortsvorstand hat deshalb beschlossen, sich in den nächsten Jahren in öffentlichen Mitgliederversammlungen stärker mit geschichtlichen Themen, sowohl zur DDR- als auch zur BRD-Vergangenheit und auch mit der Geschichte der LINKEN in Deutschland zu befassen und dazu kompetente Gesprächspartner einzuladen. Wir denken, dass uns eine möglichst objektive Betrachtung der Vergangenheit und die Auseinandersetzung damit helfen, gegenwärtiges Geschehen besser zu verstehen und unsere Ziele noch genauer zu formulieren.

Die erste Veranstaltung wird sich mit dem Thema »Arbeitsweise und Struktur der Staatssicherheit und der Rolle der SED in diesem System« befassen.

Zu dieser Veranstaltung laden wir alle interessierten Bürger recht herzlich ein. Sie ist für März 2010 im Bürgerzentrum geplant. Über den genauen Termin und Inhalt informieren wir rechtzeitig.

*Anke Schwarzenberg  
Ortsvorsitzende DIE LINKE*



## So sehe ich das

In den letzten Monaten hat uns ein Thema wieder eingeholt, von dem viele dachten, es wäre als politisches Kapitel in unserer Partei abgeschlossen. Die Frage, ob jemand in der DDR offizieller oder inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit war, wird nach den Aufdeckungen weiterer inoffizieller Mitarbeit von Mitgliedern unserer Landtagsfraktion und nach der Debatte um den Kandidaten der LINKEN zur Landratswahl, Diethelm Pagel, wieder deutlich schärfer diskutiert.

Heute, zwanzig Jahre nach der politischen Wende, und oft dreißig oder vierzig Jahre nachdem die Akten vom Ministerium für Staatssicherheit erstellt wurden, geht es immer um die Verantwortung des Einzelnen im Umgang mit seiner Biografie. Alle in den Dokumenten der Staatssicherheit gemachten Aufzeichnungen erlauben heute keine rechtliche Verurteilung mehr. Denunziation ist kein Kapitalverbrechen, aber es ist und bleibt unanständig und hat Betroffenen in ihrem Leben nicht selten erhebliche Nachteile gebracht. Wir wissen, dass viele Menschen in der DDR in verschiedenster Form mit dem MfS in Berührung kamen. Das Ministerium war ein Machtorgan des

Staates im Auftrag der führenden Partei, also der SED, und sollte den Staat schützen. Aber immer mehr richtete sich die Arbeit dieses Ministeriums gegen die Menschen im eigenen Land. Es hat nicht nur dazu gedient, Oppositionelle zu verfolgen und zu unterdrücken, sondern auch Menschen in Angst zu versetzen, die diesem Staat aufgeschlossen gegenüberstanden und ihm zugeeignet waren. Wir wissen aber auch, dass nicht jeder sogenannte IM mit fliegenden Fahnen zum Informanten wurde. Es wurden auch Menschen angeworben, die nach dem geltenden Recht in der DDR einen Fehler gemacht hatten und dadurch erpressbar wurden. All diese Ereignisse waren immer sehr persönlich geprägt. Sie lassen sich aus Akten nicht verallgemeinern.

Die PDS und heute DIE LINKE hat durch ihre Beschlüsse diesem Problem Rechnung getragen. Seit 1991 gibt es für jedes Mitglied, das sich um ein öffentliches Amt bewirbt, die Pflicht, sich zu seinen Kontakten zum MfS zu offenbaren. Viele haben dies getan und wurden später mit teilweise deutlichen Mehrheiten in Parlamenten und Ämtern gewählt.

Wer diese Offenlegung versäumt hat oder absichtlich verschwiegen hat, verstieß bzw. verstößt gegen grundlegende Be-

schlüsse unserer Partei. Nun wurde im Zusammenhang mit der Landratswahl auch beim Fraktionsvorsitzenden und Vorsitzenden des Kreisverbandes Lausitz, Diethelm Pagel, eine Zusammenarbeit mit dem MFS anhand seiner Akten bewiesen.

Die Frage nach einer Zusammenarbeit hatte unser Kandidat aber selbst im Wahlkampf deutlich verneint und damit Spekulationen und Verdächtigungen erst Tür und Tor geöffnet.

Eine klare Aussage, dass es natürlich funktionsbedingt und während der Armeezeit auch Kontakte zur Stasi gegeben hatte, wäre der einzig richtige Weg gewesen, um dem Thema von Anfang an die Substanz zu entziehen.

Mit der Entscheidung, dies nicht zu tun, hat Diethelm Pagel der Partei geschadet. Unser politisches Ziel besteht darin, immer mehr Menschen von der Richtigkeit unserer aktuellen Politik zu überzeugen. Dies kann nur gelingen, wenn jeder von uns mit seiner Vergangenheit offen umgeht. Nun muss nicht jedes Mitglied permanent seine Vergangenheit präsentieren. Wenn man aber für ein herausgehobenes Amt kandidiert, ist es zwingend notwendig, diese Fragen zu thematisieren. Die Stadtfraktion der LINKEN in Forst ist mehrheitlich der Meinung, dass dieses Verhalten auch persönliche politische Konsequenzen haben muss. Leider wird diese Auffassung innerhalb der Kreistagsfraktion und auch im Kreisvorstand unserer Partei nicht geteilt. Für uns geht es um Offenheit

und Ehrlichkeit im Umgang mit der politischen Biografie in der Gegenwart. In der Partei aber glauben noch viele, die politische Konkurrenz hat dies alles inszeniert. Sie verwechseln dabei Ursache und Wirkung. Unsere fehlende Offenheit hat den

anderen Parteien ihren Auftritt erst ermöglicht. Dies muss endlich von allen verstanden werden. Unsere Wähler und Anhänger werden uns daran messen. **Ingo Paeschke**  
*Fraktionsvorsitzender SVV*  
*Kreistagsabgeordneter*

## Ehrlichkeit für uns

Viel ist in den vergangenen Monaten über ehemalige Stasi-Mitarbeiter geschrieben worden. Oft im Stil von »Kaltem Krieg und Hexenjagd«. Keinem verurteilten Schwerverbrecher wird seine Tat über 20 Jahre später öffentlich so angelastet, wie diesen Menschen, die, oft sehr jung und im Glauben an eine gute Sache, Fehler gemacht haben. Trotzdem oder gerade deshalb halte ich unsere Parteitagebeschlüsse von 1991 und 1993 zum Umgang mit der Problematik Staatssicherheit und zur Offenlegung der politischen Biografie für richtig und sehr wichtig. Als Mitglied des Bundesparteitages und Parteitage-Delegierte habe ich diese Beschlüsse in langen und heftigen Diskussionen mit vorbereitet und mit darüber abgestimmt. Vor allem Gregor Gysi hat damals unermüdlich dafür geworben, dass wir zuerst ehrlich zu uns selbst sein müssen, ehe andere Vertrauen zu uns haben können. Unsere Wähler wollen nicht belogen werden; und ich will es auch nicht.

Was wäre passiert, wenn die Genossen über diesen Teil ihrer Biografie gespro-

chen hätten? Einige Stimmen enttäuschter Wähler wären für sie wohl nicht so schmerzhaft wie das Trommelfeuer uns nicht wohl gesonnener Medien. Vom Schaden für die Partei ganz zu schweigen. Für unsere Geschichte sind wir verantwortlich. Daran ändern auch Hinweise auf die heutige Datensammelwut der Behörden, die Speicherung aller Telefongespräche, die Überwachung am Arbeitsplatz bis zur Toilette, die Kameras im öffentlichen Raum, die Bespitzelung von Sozialleistungsempfängern bis in den Intimbereich, die staatlichen Hackerangriffe in den PC, das Wirken der bundesdeutschen Geheimdienste im In- und Ausland, der kommerzielle Datenhandel usw. usw., nichts. Für diese Dinge tragen andere die Verantwortung, der sie sich hoffentlich eines Tages auch stellen müssen.



**Ulrike Werschnick**  
*Ortsverband Forst*

## Zur 100-Tage-Bilanz der LINKEN Minister der rot-roten Landesregierung

### Kommentar zur Koalitionsbildung

Eines lernt man beim Einstieg in eine Koalition: Dass klare Ziele dann, wenn sie in Kompromisse eingefügt und in Regierungshandeln umgesetzt werden, mehr einzelne Schritte als Sätze im Wahlprogramm erfordern.

Für die richtige Richtung und das richtige Schrittmaß aber sorgt der Koalitionsvertrag. Wichtige Weichen konnten wir so bereits stellen – mit dem Haushalt, mit den Eckwerten für das Brandenburgische Mindestlohngesetz, mit der Nachhaltigkeitspolitik, mit der Stärkung der Sozialgerichte. 2010 werden die ersten zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Jugendlichen aus armen Familien erleichtert das Schüler-Bafög den Weg zum Abitur. Langzeitarbeitslose werden im ÖBS einen ordentlichen Job erhalten. Der Datenschutz ist gestärkt, die Residenzpflicht für Asylbewerber/-innen aufgehoben. Im Landtag tagen die Ausschüsse öffentlich und Anträge der Opposition fliegen nicht mehr sofort in den Papierkorb.

Mehr Offenheit, mehr Lebendigkeit, mehr soziale Gerechtigkeit – das neue Brandenburg gewinnt Konturen. **T. Falkner**,  
*Grundsatzreferent der Landtagsfraktion*

### Aufträge der Wähler verwirklichen

Auszüge aus einem Interview mit Kerstin Kaiser,  
Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag

#### Die Koalition hatte keine 100 Tage Schonfrist. Wie bewerten Sie das?

KERSTIN KAISER: Probleme warten nicht, bis irgendwelche Fristen vorbei sind. Regierungen und Politiker müssen sofort handeln, dafür sind sie gewählt. Zugegeben, die Art der Stasi-Diskussion hat uns sehr behindert. Geschichte holt einen immer wieder ein, deshalb gibt es eben keinen Schlussstrich unter eine Diskussion. Das steht auch deshalb so in unserem Koalitionsvertrag, das werden wir auf unserem Parteitag im März und in der Gesellschaft nicht zum letzten Mal diskutieren. Leider ist bei dieser Debatte untergegangen, dass wir in den vergangenen vier Monaten hart gearbeitet haben – sowohl in der Fraktion als auch unsere Minister. Einige Stichworte: Fraktionsklausur, Haushaltschwerpunkte, Eckwerte für das Brandenburgische Mindestlohngesetz, Verhinderung der Ausbreitung der Schweinegrippe, Arbeiten an einem neuen Resozialisierungsgesetz.

#### Was hat sich in der Arbeit der Landtagsfraktion geändert?

KERSTIN KAISER: Eine ganze Menge. Durch

den Wegfall des Oppositionszuschlags arbeiten wir mit weniger Geld und weniger Mitarbeitern, haben aber mehr Verantwortung. Unsere Anträge landen jetzt nicht mehr im Papierkorb, sondern werden im Parlament diskutiert – wir können sie durchsetzen. Dazu müssen wir uns aber mit der SPD im Vorfeld auf den Punkt abstimmen – in einem oft extrem engen Zeitkorsett. Das ist oft gar nicht so einfach, denn es sollte immer eine wirkliche Debatte dazu geben, weder basta noch husch-husch.

#### Was sind die nächsten großen Vorhaben?

KERSTIN KAISER: Dringlichste Aufgabe ist, den Haushalt für 2010 aufzustellen. Spätestens im Juni muss er vom Parlament verabschiedet werden. Damit sind deutliche Weichenstellungen verbunden. Wir wollen trotz Krise alle zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages gewährleisten und dennoch den verfassungsmäßig erlaubten Rahmen für die Aufnahme neuer Schulden nicht ausschöpfen. Außerdem wollen wir das Vergabegesetz mit einem existenzsichernden sozialpflichtigen Mindestlohn im Parlament verabschieden.

## Können die denn rechnen?

### Ministerium für Finanzen

Nachdem Ende Oktober letzten Jahres das Regierungsteam komplett war, staunte man in der Republik wohl am meisten darüber, dass an die LINKE ausgerechnet das Finanzressort gefallen war. ‚Die können doch nicht rechnen‘, so die allgemeine Überzeugung.

Keine vier Wochen später las man dann über Helmuth Markov: Der »Hüter des Haushalts« will »keinen Nachtragshaushalt«, was praktisch bedeutete, nicht mit neuen Schulden in die rot-rote Koalition zu starten. Stattdessen freute er sich, dass bereits »zwei Drittel der Konjunkturpaketmittel« in Brandenburg ihre Investitionswirkung entfalten und das »öffentliche Eigentum des Landes gestärkt wurde«, nachdem im Dezember weitere Anteile an der Investitionsbank ILB in Landeseigentum übergangen.

In diesen ersten Hundert Tagen entstand der Entwurf des Haushaltsplanes für 2010. Dies bedeutete den politischen Konsens des Koalitionsvertrages in Zahlen zu gießen. »Mutig« fand Helmuth Markov den zwei Tage vor Heiligabend gefassten Entschluss der Regierung, die Kreditaufnahme für 2010 auf maximal 700 Millionen Euro zu begrenzen – und arbeitete seither gemeinsam mit seinen Ministerkollegen

daran, das Wort in die Tat umzusetzen. Und zwar ohne die Rücklagen des Landes völlig aufzubrechen, und zwar ohne »betriebsbedingte« oder wie auch immer begründete Kündigungen im Landesdienst, und zwar ohne die Fachressorts der Handlungsunfähigkeit Preis zu geben. Es wird nach den ersten Hundert Tagen »rot-rot« in Brandenburg funktionstüchtige Schulen

und Kindergärten geben und ein »Schüler-Bafög«, Gerichtsstandorte werden erhalten und mehr Richter eingestellt, es wird weiterhin in die wirtschaftliche Entwicklung investiert und der Messestandort Frankfurt (Oder) neu belebt, der Verbraucherschutz als soziale Aufgabe wird gestärkt und ausgebaut. Alles dies findet sich im Haushalt 2010 wieder, ist durchgerechnet und durch das Land finanzierbar. Die erste Rechnung des roten Finanzministers stimmt also – und so soll es bleiben.

*Helmuth Markov*

## Kurzinterview mit Ralf Christoffers (Auszüge)

### Ministerium für Wirtschaft und Europa

**Wie wurden Sie als LINKEr Minister bei den Unternehmern Brandenburgs empfangen?**

RALF CHRISTOFFERS: Die anfängliche teilweise Skepsis ist inzwischen einer Erwartungshaltung gewichen. Mit sachlicher, pragmatischer Arbeit möchte ich den Beweis antreten, dass DIE LINKE kein Unternehmerschreck ist. Ich wünsche mir ganz persönlich, dass nach dieser Legislaturperiode niemand mehr über das Parteibuch des Wirtschaftsministers redet, sondern darüber, welche Entwicklung das Land genommen hat.

**Wie wird sich die wirtschaftliche Situa-**

**tion Brandenburgs im Jahr 2010 entwickeln?**

RALF CHRISTOFFERS: Noch kann niemand mit Gewissheit sagen, wie die Krise weiter verläuft – auch wenn es eine Reihe von Anzeichen gibt, dass langsam zumindest eine Stabilisierung eintritt, allerdings auf niedrigem Niveau. Entscheidend ist, dass die Betriebe an Kredite kommen – das heißt, dass der öffentliche und private Kapitalmarkt für die Unternehmen zugänglich ist. Unternehmen bei der Sicherung ihrer Liquidität zu unterstützen, sehe ich in der aktuellen Situation als vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik an.

## PINNWAND

### Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

- Di., 16.02., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
- Di., 02.03., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
- Mo., 08.03., 18:30 Uhr: **AG Malxe-Blatt**
- Mi., 10.03., 18:30 Uhr: **AG »Soziales«**
- Di., 16.03., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
- Di., 23.03., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**

### Öffnungszeiten unserer Geschäftsstelle

- Mo.: 10:00 – 14:00 Uhr AG Soziales
- Di.: 09:00 – 11:00 Uhr OV/Fraktion  
14:00 – 17:00 Uhr MdL
- Mi.: 09:00 – 12:00 Uhr MdL  
14:00 – 16:00 Uhr MdL
- Do.: 09:00 – 11:00 Uhr OV/Fraktion  
14:00 – 17:00 Uhr OV/Fraktion
- Fr.: 09:00 – 11:00 Uhr OV/Fraktion

### Kassenstunden

Jeden zweiten und letzten Donnerstag im Monat!

### Feuerland

Es war einmal ein Land, darin Kriegskredite und Steuern flossen wie weiland Milch und Honig. Eines Tages aber brannten landauf, landab die Banken. Flugs kam die Königin herbei zu löschen. Mit Kohle. *Michael Garling*

### Geburtstage

- 19.02.: 76 Jahre, Wolfgang Noack
- 13.03.: 67 Jahre, Konrad Opitz
- 08.03.: 80 Jahre, Horst Rubin
- 25.02.: 82 Jahre, Helga Schahn
- 10.03.: 70 Jahre, Peter Weidner
- 11.03.: 61 Jahre, Gudrun Lacasé

*Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*

### Fürsorgepflicht

Die Gehälter deutscher Beamter entsprächen nicht ihren Leistungen, erklärte ein Sprecher des Deutschen Beamtenbundes. Das ist wahr. Aber schließlich kann man sie ja nicht verhungern lassen. *TCD*

### Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät **am 8. März** ab 10 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

**Terminvereinbarung** telefonisch oder persönlich jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

**Beratungsgebühr** zwischen 5 und 10 €.

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.